

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
20 000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 15

Donnerstag, den 18. Januar 1923

51. Jahrgang.

Die Antwort der Zechen-vertreter.

(TU) Die bei den Verhandlungen in Düsseldorf anwesenden Vertreter der Zechen des Ruhrgebietes haben der Besatzungsbehörde folgende Erklärung, die jeder der Zechenvertreter mit seinem Namen versehen hat, überreicht: „Der Herr Reichskohlenkommissar hat unter Androhung von Gefängnisstrafen den ausdrücklichen Befehl an alle Zechen des Ruhrgebietes erteilt, keinerlei Brennstoffe an Frankreich und Belgien zu liefern. Ich kann daher dem mir von Herrn Cotte erteilten Befehl nicht nachkommen. Ich bin mir bewusst, daß ich bei dieser Haltung mich vollkommen im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Rheinlandsabkommens und aller ergänzenden Bestimmungen, sowie der Saenger Landkriegsordnung und mit den Regeln des Völkerrechts befinde, wie sie in allen Kulturstaaten anerkannt sind. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Zechenvertreter einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach französischem Recht jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Er ist als Eingriff von höherer Hand für mich absolut bindend. Niemand kann gezwungen werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine ehrlose Handlung zu begehen. Die Anforderung, die mich gestellt wird, schafft für mich einen rechtlichen Zwang, der auch nach französischem Recht jede Verantwortung meinerseits ausschließt. Zusammenfassend stelle ich fest und erkläre hiermit auf das Bestimmteste: Zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehrlosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen.“

Beschlagnahme aller Kohlenwaggons.

(TU) Von französischer Seite wird mitgeteilt: Als weitere Zwangsmaßnahme wird die Beschlagnahme aller leeren Kohlenwaggons sowie der Schleppfähnen auf dem Rhein und dem Rhein-Herne-Kanal bestimmt. Es verläutet weiter, daß heute vormittag die Beschlagnahme aller Bergwerke und die Einführung einer Kontrolle über sie erfolgen soll. (TU) Die französische, belgische und italienische Regierung haben den Befehl zur sofortigen Ausbeutung der Dominialforsten am linken Rheinufer erteilt als Sanktion für die am 16. Januar durch die Reparationskommission festgestellte deutsche Verfehlung bei den Holzlieferungen. — Nach einer Havasmeldung ist ein Teil der von den Ruhrzechen für Deutschland gestellten Kohlenwaggons von Frankreich und Belgien umgeleitet worden. — Auf Grund der Entschcheidung der Reparationskommission haben nach einer Havasmeldung die französische und die belgische Regierung beschloffen, für Rechnung der Alliierten die Kohlensteuern selbst zu erhöhen.

Die Verhaftung der deutschen Industriellen bevorstehend?

(TU) Die „Liberte“ meldet aus Düsseldorf, daß General Simon zur Verhaftung der deutschen Industriellen schreiten werde, wenn die Reparationskosten tatsächlich nicht geleistet werden. Der Vertreter von Krupp, Thomas, hatte nach Zusammenkunft mit General Simon eine kurze Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Parisien“, dem er erklärte: Wir sind bereit, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden; auch unsere Verurteilung erwarten wir. Gefängnisstrafen werden wir ertragen, alles, alles, doch werden wir bestimmt keine Kohlen liefern. Die Liberte begnügt sich mit der Entfesselung nicht, sondern verlangt die Hinrichtung, falls die Sicherheit der französischen Truppen gefährdet werde. Die Maßnahmen, die ergriffen werden sollten, müßten dazu bestimmt sein, die deutsche Regierung zur Kapitulation zu zwingen.

Gefängnisstrafen bei Reparationskohlenlieferungen.

(TU) Vom deutschen Reichskohlenkommissar trifft folgende Anweisung ein: „Ich bestätige hiermit meine heutige Drohung. Unter Bezug auf Besprechungen der französischen industriellen Reparationskommission mit den Zechenbesitzern verbiete ich, mit Rücksicht auf den französisch-belgischen Einmarsch hiermit ausdrücklich die Lieferung von Kohle und Koks an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Vorschussung oder Bezahlung durch diese Staaten. Ich mache darauf aufmerksam, daß Zuwiderhandlungen gegen die oben vorgehend bekanntgegebene Anordnung nach § 7 der Bekanntmachung über die Befestigung eines Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.-S.-M. S. 153) mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. — Der Reichskohlenkommissar.“

Kreditgewährung an die Zechen.

(TU) Ueber die brennende Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um die Mittel für die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu beschaffen für den Fall, daß letztere sich endgültig weigern sollten, für die Franzosen Kohlen zu fördern, haben in Berlin gestern zwischen Vertretern der Zechen und der Regierung verschiedene Besprechungen stattgefunden. Beschlossen wurde noch nicht gefaßt. Wahrscheinlich aber wird die Regierung dafür Sorge tragen, daß den Zechen in dem erwähnten Fall ein größerer Kredit eingeräumt werden wird, um mit dessen Hilfe die Bergarbeiter über Wasser zu halten.

Die Arbeitervertreter wollen keine Berührung mit der Besatzungsbehörde.

(TU) Die Besatzungsbehörde läßt in ihrem Bestreben, die Arbeiter des Ruhrgebietes für sich zu gewinnen, trotz der Mißerfolge nicht nach. Gestern nachmittag fand wiederum eine Aussprache mit den Bezirksleitungen der Eisenbahnverbände statt. Oberst Simon erklärte den Vertretern der Eisenbahnverbände, der Arbeiterschaft würde in ihren Bestrebungen jedenfalls nichts in den Weg gelegt werden. Simon äußerte dann noch den Wunsch, daß die Arbeiterschaft der Besatzungsbehörde Vertrauen entgegenbringen soll. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter würden wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit zu Gunsten der Arbeiter geregelt. Die Arbeitervertreter protestierten zunächst gegen die Befragung der Arbeiter als Rechtsbruch und Vergeßlichkeit. Im übrigen erklärten sie, daß sie nur die deutschen Behörden als Vermittler in Arbeiterfragen anerkennen würden. Sie betonten auch, daß sie kein Vertrauen zur Besatzungsbehörde hätten und daß sie am allerliebsten mit ihr nicht in Berührung kommen möchte, für Verhandlungen käme jedenfalls nur die deutsche Eisenbahnverwaltung in Frage.

Scharfe Stellungnahme des Düsseldorfer Regierungspräsidenten.

(TU) Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat an den Ortsbelegten für die deutsche Zivilverwaltung, General Denigues, einen Brief folgenden Inhalts gerichtet: Zunächst teile ich mit, daß die zu der Besprechung in Düsseldorf geladenen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine äußerst starke Erregung verfaßt worden sind durch die Behandlung, die ihnen gestern zuteil geworden ist. Sie haben ihrer Entrüstung gegenüber den stärksten Ausdruck gegeben. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die mich nach der Sitzung aufgesucht haben, haben mir ihren festen Willen ausgesprochen, niemals wieder zu persönlichen Verhandlungen vor der französischen Besatzungsbehörde zu erscheinen. Ich gebe hiermit Kenntnis, weil ich verpflichtet bin, der Besatzungsbehörde alle Momente mitzuteilen, die eine erhebliche Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen haben. Ich fasse diese Momente dahin auf, daß ich auch solche Momente mitzuteilen habe, die nach Ansicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch das eigene Vorgehen der Besatzungsbehörde hervorgerufen worden sind, welches jedes Verständnis für die Bedeutung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrgebietes vermissen läßt. Ich habe das dringende Ersuchen auszusprechen, in Zukunft jede Requisition von Lebens- und Futtermitteln in den Städten und ländlichen Bezirken des gesamten besetzten Gebietes nicht nur des gegenwärtig neu besetzten Gebietes zu unterlassen. Schließlich habe ich noch mit aller Schärfe davor zu warnen, irgend welche weitere Maßnahmen zu ergreifen, die eine Abmilderung des Ruhrgebietes vom unbesetzten Deutschland herbeiführen könnten. Die Errichtung einer Zoll-Linie würde zur Folge haben, daß eine vollständige Verwässerung und Störung der Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahn, herbeigeführt wird. Nennenswerte

Vorräte an Kartoffeln für die arbeitende Bevölkerung im Ruhrgebiet sind nicht vorhanden. Ich warne deshalb eindringlich vor allen Abkürzungsmaßnahmen im Verkehrsleben.

Rundgebung der Reichsregierung gegen Poincaré.

(TU) Im Anschluß an die Reichsfinanzkonferenz vom 13. L., die sich mit den von Poincaré in seiner Kammerrede vom 11. L. gegen Deutschland vorgebrachten Vorwürfen befaßte, wird jetzt in einer umfangreichen amtlichen Rundgebung noch einmal der französische Ministerpräsident an Hand einwandfreien technischer Materials widerlegt. Die von Poincaré erhobene Beschuldigung, das Kohlenyndikat habe auf Anstiften oder mit Hilfe der deutschen Regierung auch sein Aktienmaterial nach Hamburg mitgenommen, erledigt sich durch den Hinweis auf die einfache Tatsache, daß das Essener Kohlenyndikat ein privates Unternehmen und daß es selbstverständlich kein Geschäft auch ohne Registrierung und sein Aktienmaterial mitnimmt.

Deutschland verzichtet auf mündliche Verhandlungen mit der Reparationskommission.

(TU) Die Kriegslastenkommission war bekanntlich aufgefordert worden, zu der gestrigen Sitzung der Reparationskommission Vertreter zu entsenden, die wegen der lästlichen Benzoollieferungen mit der Reparationskommission verhandeln sollten. Staatssekretär Fischer als Vorsitzender der Kriegslastenkommission teilte aber der Reparationskommission mit, daß deutscherseits auf jede mündliche Verhandlung verzichtet würde. Die Sitzung der Reparationskommission wurde daraufhin auf Freitag vertagt. Es soll in dieser Sitzung über die Benzoollieferungen an Italien beschloffen werden. In derselben Sitzung wird sich die Reparationskommission mit der Antwort an die Reichsregierung befassen.

Die Brotversorgung auf Monate gesichert.

(TU) Auf Einladung des Reichsministers Dr. Luther (und im Reichsmin.) zum für Ernährung und Landwirtschaft eine Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaften statt, die sich mit der Ernährungsfrage unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes befaßte. Der Minister legte die Verhältnisse im einzelnen dar. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Versorgung mit Brot auf Monate hinaus völlig gesichert ist. Auch bei Kartoffeln bestehen keine Beschränkungen. Der Minister machte weiter Mitteilung von den vorerfolglichen Maßnahmen, die hinsichtlich der übrigen Lebensmittel getroffen sind. Er befragte sodann auch die Gewerkschaftsführer nach ihrer Meinung über Einschränkungen in öffentlichen Wirtschaften, wobei sich die Gewerkschaftsführer für derartige Einschränkungen aussprachen.

Besatzungs-Folgen.

Wie die Volkske Zeitung meldet, mußte infolge der Preissteigerung, die besonders wegen des starken Falls der Mark für ausländisches Getreide notwendig wurde, der Abgabepreis der Reichsbrottreiberei erhöht werden. So kostet vom 15. Januar die Tonne Roggen 197 000 Mark, die Tonne Weizen 212 000 Mark. Dementsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl 27 000 Mark, für den Doppelzentner Weizenmehl 29 000 Mark. Da auch die Kosten für Verarbeiten, Frachten sowie die Kosten beim Waschen und beim Verkauf des Brotes gestiegen sind, glaubt das Volk einer noch bevorstehenden weiteren starken Brotpreissteigerung rechnen zu können.

Einspruch holländischer Arbeiter.

Auf dem in Utrecht abgehaltenen Kongreß der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei teilte der Vorsitzende mit, daß die sozialistische Kammerfraktion im Hinblick auf die Ereignisse im Ruhrgebiet beschloffen hat, die Regierung zu interpellieren, ob sie den Widerstand erheben wolle, um dem Aufstand entgegenzutreten. Das Büro der holländischen Gewerkschaftsorganisation hat eine Entschließung angenommen in der energisch gegen die Besetzung des Ruhrgebietes protestiert wird. Diese gewalttätige Politik würde verhängnisvoll auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und besonders auf die Arbeitermassen zurück und verursache immer größeres Elend.

Die Truppenbewegungen.

gingen bisher noch immer weiter. Zwar hat General Degoutte in Düsseldorf Pressevertretern erklärt, daß die Aktion vorerst beendet sei und er nicht glaube, daß die Befegung weiter gehe. Allein man hat ähnliche Äußerungen auch schon nach der Besetzung Essens gehört und neue

Vormärsche erfolgten doch. Jedenfalls sind bisher fortgesetzte Militärtransporte eingetroffen und weitere für Dortmund, Hörde, Gladbeck und Carnap als im Anrollen gemeldet. Nach Äußerungen französischer Offiziere soll der Vormarsch bis Münster und Baderborn ausgedehnt werden. Ueber die Befehle des gestrigen Tages und des Vorabends wird noch in Ergänzung der bisherigen Nachrichten gemeldet: Im Norden des Ruhrgebietes schiebt sich die Front östlich weiter vor. Von Recklinghausen und Waltrop aus wurde Lünen besetzt. Vier Panzerautomobile mit 25 Mann und einem Offizier trafen hier ein, gingen aber wieder zurück. Gestern 10 1/2 Uhr vormittags sind zwei Schwadronen Kavallerie eingerückt. Eine Schwadron blieb in Lünen liegen, während die andere in Richtung Kamen-Hamm weiterzog. Sie steht augenblicklich in Oberaden, 2 1/2 Kilometer vor Kamen, das nur etwa 13 Kilometer von Hamm entfernt ist. Zwischen Lünen und Kamen reist sich Zeche an Zeche. Im Süden sind die vor Hamm liegenden Truppen auf der Straße Hörde-Hörde-Berg-hofen in nördlicher und auch in südlicher Richtung auf dem Westermarsch nach Unna-Hamm, um die dort liegenden Zechen in ihre Gewalt zu bringen. Nach Erreichung von Berghofen ging alsbald Kavallerie als Spitzengruppe weiter in Richtung Unna. Die nördliche und östliche Schwenkung von Hörde aus läßt sich damit erklären, daß die Straße Hörde-Hagen-Berghofen-Schwerte jederzeit frei ist; es besteht aber die Möglichkeit, daß aus verkehrstechnischen Gründen auch Schwerte noch besetzt wird. Außer der militärischen Bewegung auf Hamm ist ein neuer militärischer Vorstoß auf Münster zu beobachten. Nördlich von Lünen und nordöstlich von Datteln sind die Orte Dork und Selm mit französischer Kavallerie besetzt worden.

Der preussische Landtag.

Ist am Mittwoch nach achtstündiger Vertagung zusammengetreten. Bekanntlich hat der Landtag sich vor acht Tagen, um auch äußerlich gegen die französisch-belgische Gewaltpolitik zu protestieren, auf 8 Tage vertagt. Den Ereignissen des ersten Tages der Vertagung hatten sich weitere Geschehnisse gegen das mehrfache deutsche Volk angegliedert. Bekanntlich ist auch bereits deutsches Blut geflossen. Die Protestierung des Landtages durch den Mund des Präsidenten Heinemann wurde von den Kommunisten auf das schärfste gestört. Ein Enttäuschungssturm der untersten Ränge folgte dem anderen. Das wird nicht hindern, daß unsere bedrängten Volksgenossen im Westen und Osten, im Ruhrgebiet und im Memelland die Worte der Teilnahme vernehmen, die das preussische Volk verkörpert durch seine Volksvertretung, für ihre Leiden gefunden hat. Endlich kann man zur Erleichterung der Tagesordnung, zunächst wurde ohne Aussprache die Mitteilung des Kultusministers über die Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschulen dem Unterrichtsministerium übergeben. Bei der Beratung des Tätigkeitsberichts der preussischen Landesstellen legten die Kommunisten ihre lärmende Obstruktion fort. Die übrigen Parteien zeigten in dem Protest gegen die Vorgänge im Ruhrgebiet eine einheitlich geschlossene Abwehrhaltung. Zum Schluß überwies man den Entwurf zur Vertiefung weiterer Staatsmittel zur Gewährung von Arbeitgeberdarlehen an den Hauptaus-schuss und vertagte sich sodann auf Donnerstag, wo man sich mit der Verwaltungsreform beschäftigen will.

Tagesereignisse.

(Die Reform des Jugendstrafrechtes.) Der Reichsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Gesetzes über die Jugendgerichtshöfe sowie der Auskunftsüber die Vorstrafen der Jugendlichen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der für die Jugendlichen die beschränkte Auskunftsfrist einführen wollte, wurde abgelehnt. Sodann folgte der Ausschluß einer Bestimmung ein, welche die Einrichtung von Jugendtafelanstalten vorsieht.

(Das italienische Flottenprogramm.) Im Ministerrat legte der Admiral Thaon di Rebeo sein Flottenprogramm dar, das 50 Millionen Lire erfordert. Es schlägt den Bau von 5 leichten Kreuzern, 16 U-Booten und 20 Zerstörern vor. Das Arsenal in Neapel soll aufgegeben werden; aber der Golf soll mit Unterseeverteidigung versehen werden. Die Ausgaben betragen 11-15 Millionen Lire.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 18. Jan. (Berufsbildungs.) Nach einer Verordnung des Oberpräsidenten vom 9. ds. Mts. bedürfen Verkäufer in der Provinz Westfalen vom 1. Februar ds. Js. ab einer besonderen Verkaufsbescheinigung, die von dem Oberpräsidenten erteilt wird. Die Erlaubnis ist beim Landrat des Wohnortes, bezw. in kreisfreien Städten bei der Polizeibehörde unter Vorlegung eines mit eigenhändiger Unterschrift des Antragstellers versehenen Bildnisses zu beantragen. Die Nichtbefolgung der Bestimmungen ist unter strengen Strafen gestellt. Neben der Strafe ist die widerrechtlich erworbene Butter zum Zwecke der Einziehung zu beschlagnahmen. Strafbare machen sich auch die Erzeuger, die Butter an Verkäufer verkaufen, die die Erlaubnis nicht besitzen. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahme dazu beitragen wird, die Einfuhr von falscher Milch zur Versorgung unserer Kinder und Kranken zu vermeiden und die namentlich in den größeren Städten eingetretene Not zu lindern.

40 Millionen Reichsmark weist der Haushaltsplan der Stadt Kamen für das laufende Geschäftsjahr auf, das heißt für die ersten 9 Monate, denn das Etatsjahr findet mit dem 31. März sein Ende. In den Etat waren bei der Einbringung 10 Millionen Mark als laufende Mittel eingelegt worden.

Berufsberatung.

Erfahrungsgemäß wurde bei allen Völkern und zu allen Zeiten stets ein besonderes Augenmerk der Einordnung des Nachwuchses in den sozialen Körper zugewendet, wenn die Entfaltung der Volkskraft eine plötzliche Hemmung erfahren hatte. Es darf uns daher nicht wundern, wenn die Frage der Berufsberatung der schulpflichtigen Jugend gerade jetzt Gegenstand eingehender Erörterung ist. Schon vor dem Kriege spielte diese Problem eine bedeutsame Rolle, und es war jedem aufmerksamen Beobachter klar, daß die Frage der Berufsberatung dringend in irgendeiner Form einer Lösung bedürfte. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Berufsberatung gewann damals an Boden. Sie ergab sich aus der Entwicklung der Dinge, die einschichtigen Kreisen schon längst bekannt, und Gegenstand ernstester Sorge war: auf der einen Seite ein Ueberfluß von ungebildeten, teilweise minderwertigen Arbeitkräften, auf der anderen Seite ein erschreckend zunehmender Mangel an Vorkräften in allen Zweigen des Handwerks außer einigen Modeberufen.

Hunderttausende von Knaben und Mädchen verlassen alljährlich die Schule, um in Handel und Gewerbe, Handwerk und Industrie eine Lebensstellung zu erringen und stehen mit der Berufsberatung vor der schwierigsten Aufgabe ihres Lebens, ohne recht zu wissen, daß das Wohl und Wehe ihrer Zukunft mit dieser Wahl entschieden wird. Kein anderer als der Väterbeteiligte kümmert sich darum, wie und wo all dies hoffnungslos Leben unterkommt, und wo es vielleicht hinführt!

Solange das Kind die Schule besucht, ist alles sorgfältig geregelt und geordnet. Nach der Schulentlassung wird die Jugend im Großen und Ganzen sich selbst überlassen. Den Jugendlichen selbst, den Eltern und schließlich noch der lieben Verwandtschaft blieb es dann allein überlassen, den Jugendlichen in einen Beruf unterzubringen, oft ohne die Ausichten, die in diesem Berufe vorhanden waren, zu kennen oder richtig beurteilen zu können.

Wie wichtig ist doch die Berufsberatung! Nicht nur für den Einzelnen, nein, auch für die Gesamtheit des Volkes. Für den Einzelnen bedeutet sie meist die Entscheidung für sein ganzes Leben; für die Gesamtheit ist es von grundlegender sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung, ob die Arbeitsplätze mit den richtigen Personen besetzt werden, - ob die natürlichen Anlagen und Fähigkeiten möglichst reiflos zur Geltung kommen.

Die tiefgreifenden Veränderungen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den letzten 100 Jahren haben einen vollständigen Umschwung gebracht; heute kommt es nur selten vor, daß die jungen Leute in natürlicher Weise in ihren späteren Beruf hineinwachsen, wie dieses früher gewissermaßen nach Familienüberlieferungen z. B. in der Landwirtschaft der Fall war.

Die Gewerbebetriebe zusammen mit der Freigabe, der Kreditwirtschaft und der Beschäftigung breiter Schichten von der angestammten Scholle ließen den Großbetrieb entstehen, dadurch wurde der Kleinbetrieb aus seiner Beherrschung der gewerblichen Produktion verdrängt. Mit dem Schwinden des Kleinbetriebes schwand auch die Tradition im Gewerbeleben des kleinen Mannes.

Selbst die Tätigkeit des Haushalts lernen die Mädchen überall da, wo die Mutter selbst zur Arbeit ist, nur unvollkommen kennen und oft in einer Form, gerade nicht geeignet ist, die Lust zum Haushalt zu wecken.

Nach der Vater von heute, der meist unter fremdem Dach, für fremde Interessen, an fremden Maschinen und unter fremden Menschen arbeitet, ist für die Kinder kein geeigneter Berufsberater. Sogar der gewöhnliche Vater, mag er klug, lebenserfahren und einrichtsvoll sein, ist unter den heutigen Verhältnissen bei der Berufswahl vor eine für den Einzelnen kaum mehr lösbare Aufgabe gestellt.

So erweist sich denn eine planmäßige Berufsberatung und Vorkursvermittlung beiderlei Geschlechts mit dem Ziele der Einordnung des jugendlichen Nachwuchses in das Berufsleben unter dem Gesichtspunkt der Meinung, Befähigung, körperlichen Eignung und größtmöglicher Förderung der Produktion als eine unbedingte Notwendigkeit.

Darum ihr Handwerksmeister, Gewerbetreibende, melde! sofort alle offenen Stellen an; es werden nur solche Kinder in einen Beruf vermittelt, die sich auch dafür eignen.

Darum, ihr Eltern und Kinder, nehmt das Berufsamt mit der - diesen angeschlossenen - Lehrstellenvermittlung alle in Anspruch; ihr werdet hier sachkundige beraten. Greift, wenn es die häuslichen Verhältnisse nur irgend zulassen, zu keinem ungelerten Berufe, ihr werdet es - vielleicht erst nach Jahren - bereuen!

Das städtische Berufsamt (Rathaus, Zimmer 11) ermittelt für alle Teile unparteiisch und kostenlos.

(Gedene Hochzeit.) Am morgigen Tage finden die Eheleute Berginwalde August Malwald und Frau, Ernestine geb. Barthel, Hüfingsweg 22 hierseits wohnend, auf eine 50jährige Ehegemeinschaft zurückblicken; die eigentliche Feier des ebenso schönen wie seltenen Festes findet am Samstag im engsten Familienkreise statt. Trotz der vielen arbeitreichen und mühsamen Jahre hat das Ehepaar in

guter geistiger und körperlicher Mithilfe die 70er längst überschritten und ist fast an die 80er herangenaht. Der Jubilar, noch einer der wenigen Veteranen von 1870/71, erfreut sich neben seiner Gemahlin in allen Schichten und Kreisen unserer Stadt der besten Hochachtung, weshalb die Zahl der Gratulanten sicherlich eine große sein wird. Die Kamener Zeitung war in all den langen Jahren das Leitblatt der beiden Alten im glänzenden Kranz, sie hielten dem Kamener Volksfreund, der späteren Kamener Zeitung, die Treue bis auf den heutigen Tag. Wir wünschen dem Jubelpaar, daß ihm noch ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge; sollte ihnen dann nach weiteren zehn Jahren gemeinsamen Erdenwallens die Sonne des diamantenen Hochzeitstages aufgehen, so möge dies in besserer und glücklicherer Zeit als der heutigen sein, die insbesondere den Rentenbezieher ein volles Maß von Sorgen und Leid brachte.

(Der Dollar 19 000 bis fast 20 000.) Nach vorübergehendem Stillstand herrschte im gestrigen Nachmittagsverkehr der Berliner Börse wieder eine regelrechte Panik. Gegen Abend stand der Dollar nahe an 20 000, während das englische Pfund mit 91 000 gehandelt wurde.

Der Protest der Stadt Dortmund.

(TU) Dortmund, 17. Jan. In der gestern nachmittag stattgefundenen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung gab der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dr. Eichhoff, nachstehende Erklärung ab: „Heute um die Mittagszeit ist auch die Stadt Dortmund von französischen Truppen besetzt worden. Der General de Rich, den ich in meinem Amtszimmer empfing, versicherte mir in längerer Rede, daß er beabsichtige, die Besetzung der Stadt Dortmund auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken und daß es sein ernstliches Bestreben sei, Konflikte mit der Bevölkerung zu vermeiden, die Befehle der Besetzung zu mildern und der Stadtverwaltung die Führung der Geschäfte nicht zu erschweren. Auf der anderen Seite müsse die Besatzungsbehörde erwarten, daß die Bevölkerung sich jeder feindseligen Kundgebung enthalte, widrigenfalls entsprechende Maßnahmen getroffen werden müßten. Auf die Ausführungen des Generals erwiderte, habe ich feierlich und nachdrücklich Protest gegen die Besetzung der Stadt Dortmund erhoben, die einen unbedingten Bruch des Versailler Vertrages darstelle. Ich habe darauf hingewiesen, wie schwer ohnedies Not und Elend, insbesondere die Wohnungsnot und die Nahrungsmittelknappheit auf der Bevölkerung lasten und die Erwartung ausgesprochen, daß die Not durch die Besetzung nicht noch vermehrt werde. Ich habe darauf betont, daß die Herzen und Seelen unserer Bevölkerung durch das nationale Unglück auf tiefste aufgewühlt seien und gebeten, die Gefühle der Bevölkerung zu schonen. Die französische Besatzungsbehörde möge alles vermeiden, was zu Konflikten führen könne, wie auch die Stadtverwaltung und die Polizeiverwaltung alles zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung veranlassen würden. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung in Sachen der Besetzung würden veranlaßt lediglich durch den Zwang der militärischen Gewalt. In diesem Rahmen seien wir bemüht, für die Allgemeinheit schädliche Reibungen zu vermeiden. Der General nahm meine Ausführungen mit dem Bemerken zur Kenntnis, daß er sie den höheren Kommandostellen mitteilen werde.“

Hierauf nahm der Stadtverordnetenvorsteher Reichs- und Staatskommissar Mehlitz das Wort zur Verlesung ungefährender Ausföhrungen: „Belgisch-französische Truppen sind in kriegsmäßiger Ausrüstung ins Ruhrgebiet eingebrungen. Dabei ist festzustellen, daß gerade das Ruhrgebiet besonders dank der schweren Arbeit der Berg- und Hüttenleute für den Wiederaufbau der zerstörten französischen und belgischen Gebiete das Menschenmögliche geleistet hat. Mehr als bisher aus freier Entscheidung und volkswirtschaftlicher Einsicht geleistet worden ist, wird auch der Druck der Bajonnette und Panzerwagen nicht erzwingen können. Darum ist die Besetzung angeblich zum Zwecke erhöhter Reparationsleistungen nur ein Vorwand, um die weitergehenden Pläne Frankreichs zu verdecken, die darauf hinausgehen, das wichtigste deutsche Wirtschaftsgebiet vom Reich zu trennen und Deutschland politisch und wirtschaftlich zu ruinieren. Zur Dummheit verurteilt, können wir nur unsere Stimme erheben, um vor aller Welt diese Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes festzustellen. Aber eins wollen wir den Gewaltpolitikern jenseits des Rheins sagen: Keine Macht der Erde kann uns in der Unabhängigkeit ans Reich irre machen. Trotz aller trennenden Schranken, die die Besetzung aufrichtet, werden wir nicht aufhören, als Deutsche zu fühlen und zu handeln. Namens der gesamten Bürgerschaft legen wir als ihre berufene Vertretung schärfste Verwahrung gegen die Besetzung ein.“ Die Versammlung nahm ohne Aussprache diese Ausführungen entgegen.

Protest gegen die Ruhrbesetzung.

(TU) Der Vorsitzende des Alten Bergarbeiterverbandes ist gestern nach Amsterdam abgereist zur Teilnahme an einer Sitzung der internationalen Gewerkschaftskommission, in der Protestmaßnahmen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden sollen. Der zweite Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes ist zu wichtigen Besprechungen nach Berlin abgereist.

Ein Gutachten des amerikanischen Beobachters.

(TU) „Newport Herald“ bringt interessante Ausführungen über das der Reichsregierung vorliegende Gutachten des amerikanischen Beobachters. Dieses Gutachten liegt sämtlichen Mitgliedern der Regierung vor und werde, wenn es auch lediglich die privaten Anschauungen

gierung gebiligt. Das Gutachten beruht in erster Linie auf eine Neuordnung der gesamten deutschen Zahlungsverpflichtungen und ist von keinerlei absichtlichen Verfehlungen Deutschlands. „Newport Herald“ meint, daß man von diesem Gutachten in nächster Zeit noch hören werde.

Eine deutliche Antwort.

(TU) Gestern versuchte eine Kommission, bestehend aus französischen Offizieren, die Bege Salzer-Neudorf im Norden von Essen zu besichtigen. Der Betriebsrat erklärte hierauf, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden. Sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten. Die französischen Offiziere verließen hierauf die Bege.

Eine verdiente Abfuhr der I. A. R.

(TU) Wie die Dörfzeitung mitteilt, hatte die Stettiner Interalliierte Kommission für kommenden Donnerstag eine neue Besichtigung des Hauptversorgungsamtes und des Versorgungsamtes Stettin angesetzt. Auf die Nachricht davon, daß der Direktor des Hauptversorgungsamtes folgende Antwort erteilt: „Da ich ohne andere Anweisungen des Ministeriums den Standpunkt vertritt, daß durch die Gewaltmaßnahme der Franzosen im Westen das Diktat von Versailles beiseite geschoben ist, entfallen für mich auch die Grundlagen für die Tätigkeit der Interalliierten Kommission. Ich kann daher zur Zeit die für den 18. 1. beabsichtigte Besichtigung des Amtes oder einer der mir unterstellten Ämter nicht gestatten.“

Beifall und Warnungen der Londoner Presse.

Daily Telegraph erklärt, die halbstündige Arbeitseinstellung in ganz Deutschland werde außerhalb Deutschlands keinerlei Eindruck machen. Für die alliierten Mächte sei von größtem Interesse die Aussicht, daß die Arbeit im allgemeinen im Ruhrgebiet fortgesetzt werde.

Die Times schreiben, die britische öffentliche Meinung sei fast einstimmig der Überzeugung, daß die gegenwärtige Aktion Frankreichs eine Katastrophe sei, nicht nur für den Frieden und den Wiederaufbau Europas, sondern auch für die Aussicht, überhaupt Reparationen von Deutschland zu erhalten. - Die Sunday Times sagt, die Stimmung der britischen Nation sei äußerst französischfeindlich. Die Franzosen traten vielleicht in der Methode, und die britische Regierung und der größte Teil des britischen Volkes glaubten dieses, aber es gäbe niemand in England, der sich nicht freuen würde, wenn die Zwecke, die die Franzosen beabsichtigten, durch die Mittel erreicht würden, die sie anwendeten. - Oberher gibt der Ansicht Ausdruck, daß Bonaparte scheitern und sterben werde, daß Mussolini sich selbst machen werde und daß die wirtschaftliche Schlacht, die Stinnes und das deutsche Volk kämpften, entweder mit ihrem Siege oder unentschieden enden werde, und daß Frankreich eine vollkommen andere Politik in Gemeinschaft mit Washington und London annehmen werde. Der Kampf werde inzwischen jedoch bitter sein und drohenderen Entwicklungen seien möglich.

Der Einfall in Memel.

(TU) Wie aus Memel gemeldet wird, treffen hier ständig Verstärkungen an. Die Freischärler ein. Die Zahl ist gegenwärtig auf etwa 7000 angewachsen, bei den letzten Kämpfen um Memel sind 3 Franzosen getötet und 7 verwundet worden. Die künftigen Verluste betragen 6 Tote und 11 Verwundete. - Die Warschauer Berichtblätter der Pariser Blätter melden über den Einfall nach Memel folgendes: Die litauischen Freiwillichen, die sich stolz Division des Eisernen Volkes nennen und von 2 Kompanien der revolutionären Armee begleitet sind, sind, wie bereits gemeldet, in Memel eingedrungen. In Wirklichkeit sind diese Freiwillichen, wie die Pariser Blätter berichten, verheerete Soldaten und Offiziere.

Glückliche Geburt eines gesunden
Jungens
zeigen in dankbarer Freude an
Conditor Ludwig Kümpfer
und Frau
Alma geb. Finzel verw. Eckermann.
Kamen, den 17. Januar 1923. 199

Unsere lieben Eltern, Schwieger-
und Großeltern, den Eheleuten
August Malwald u. Gattin
Ernestine geb. Barthel
in Kamen, Hüfingsweg Nr. 22
zu ihrer am morgigen Tage stattfindenden
Feier der goldenen Hochzeit
unserer
herzl. Glück- u. Segenswünsche!
Die goldene Liebe, die einst Euch verband,
Sie hält Euch umschlungen noch heute.
Ihr schrittet durchs Leben in Lieb' Hand in Hand,
Dum gab Euch das Glück das Geleit.
Nun schwand zwar der Reiz des Lebens dahin
Mit seinen Blütenbolzen,
Doch bringt auch der Herbst noch reichen Gewinn,
Er färbte die Blätter golden.
Er bringt die Ernte in goldenem Schein,
Erglänzt der Reifer Segen.
So will auch die Myrte im goldenen Glanz,
Sich heut' um die Schläfe Euch legen. 184
Gewidmet von ihren dankbaren Kindern, Schwie-
gertöchtern und -Söhnen, sowie Enkelkindern.

S. V. K. 13.
Nach einstimmigem Beschluß
der Hauptversammlung findet
das Winterfest
am 20. Januar nicht statt.
193 Der Vorstand.
Gasbadeofen
gebraucht, zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle der Kamener Zeitung.
Stroh u. Dünger
zu verkaufen. 201
Karl Conrad,
Mordenmauer 5.

Westfalen-Bund.
Sonntag, den 21. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, findet im
Kotale Kämpfer (Rathaus) eine
Genera'-Versammlung
statt.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung
bedingt das Erscheinen jeden Mit-
gliedes.
Der Vorstand.
2 Schlüpfer
mittlere Figur, (neu), preiswert
zu verkaufen. r202
E. Simon, Schneidermeister,
Methler.
Tüchtiges
Dienstmädchen
bei hohem Lohn sofort gesucht.
Vorzusprechen Dankesstraße 8,
1. Etage. 195

Denhöchsten Kurs
erzielen Sie für 179
Gold, Silber, Platin,
alte künstl. Gebisse
und
Grammophonplatten
nur bei
Rudoka,
Kirchstraße Nr. 10 und
Hamm, Sternstraße 16.
Achtung!
Bahle
für 169
Eisen, Lumpen
per Kilo 100.-
Wohne jetzt Nordenmanner 5.
Karl Conrad.
Junges Angestelltes sucht
sauberes Zimmer
mit voller Pension.
Näheres in der Geschäftsstelle
der Kamener Zeitung. 191
Vertreter
zum Verkauf von Landw. Ma-
schinen gegen hohe Provision
gekauft. r196
Angebote unter Nr. 196
an die Geschäftsstelle.
Ordentl. Mädchen
für ganze oder halbe Tage ge-
sucht.
Frau Busemann,
191 Bahnhofstraße Nr. 6.
Husten, Atemnot
Verschleimung.
Streiche allen Bel-
den gern um, wenn
man sich schon öf-
te von ihren 14. 10. 1922
einmalen selbst befreit. Nur
Austroport ermunst
B. Althaus,
Braunschw. 8 43
Schleibach 185.
Anzeigen
aller Art
inseriert man er-
folgreich in der
Kamener Zeitung
Warne hiermit, mei-
ner Frau etwas zu
borgen, da ich für
nichts aufkomme.
Wilhelm Dieckheuer,
Methler 74 b. 200

1923.
Nr. 15.
Landwirtschaftliches.
Gesundheitsliches.
Hauswirtschaftliches.

